

Das Ruhrgebiet braucht den Schul-Strukturwandel!

„Bildungsbericht Ruhr 2020“

RuhrFutur und der Regionalverband Ruhr haben mit der Präsentation des „Bildungsbericht Ruhr 2020“ auf der Basis eines Bildungsmonitorings eine Grundlage für zielgerichtetes bildungspolitisches Handeln im Ruhrgebiet vorgelegt.



Dr. Brigitte Schumann
Bildungsjournalistin

► ifenici@aol.com

DR. BRIGITTE SCHUMANN

Der datengestützte Bildungsbericht versteht sich als zentrales Element für die Weiterentwicklung des Ruhrgebiets zur Bildungsregion Ruhr. Erklärtes Ziel ist die „gemeinsame Gestaltung eines chancengerechten und leistungsfähigen Bildungssystems“.

Vermehrte Risikolagen

Das Ruhrgebiet hat 2018 mit ca. 26% die höchste SGB-II-Quote der unter 15-Jährigen im Regionenvergleich. Sie gilt als sicherer Indikator für Kinderarmut. Die Region München hat dagegen nur eine Quote von 7,1%.

Der Bericht verweist auf die extrem ungleiche räumliche Verteilung der Armutsquoten. Die Mehrzahl der Kinder wächst in den ehemaligen vom Bergbau geprägten Arbeiterstadtteilen mit hohen SGB-II-Quoten, hohen Anteilen an Migrant*innen, höherer Zuwanderung und mit größeren Gesundheitsrisiken auf.

Im Vergleich zu allen anderen Regionen ist der Anteil der Bevölkerung ohne beruflichen Abschluss und ohne laufende Ausbildung im Ruhrgebiet am höchsten. Deshalb müssten angesichts des steigenden Fachkräftebedarfs Bildungsbiografien ohne abgeschlossene Berufsbildung unbedingt vermieden werden, mahnt der Bildungsbericht an.

Ungleiche „Vielfalt“ der weiterführenden Schulformen

Die regionale Situation im Bereich der weiterführenden Schulen ist durch eine große Zahl von sozial segregierten Schulen (36,2%) und einer „Vielfalt“ von Schulformen gekennzeichnet, die seit 2011 um die Sekundarschule erweitert wurde. Sie spielt aber keine bedeutende Rolle für die quantitative Versorgung. Die Schülerzahlen an Realschulen sind im Berichtszeitraum rückläufig. Die Hauptschule ist als „Restschule“ weiter geschrumpft und hat seit

2013 einen Verlust von 59 Standorten zu verzeichnen.

In der Metropole Ruhr ist die integrierte Gesamtschule neben dem Gymnasium die am meisten besuchte Schulform. Trotz des Ausbaus ist die Nachfrage nach Gesamtschulplätzen bei Weitem größer als das Angebot. Sie leistet den weitaus größten Beitrag zur Inklusion und Integration. Während die fünften Klassen der Gymnasien zu drei Vierteln „rein Gymnasialempfohlene“ aufnehmen, verfügen lediglich 6,1% der Schüler*innen an den Gesamtschulen bei ihrer Aufnahme über diese Grundschulempfehlung. Dennoch gelingt es ihnen, 23,2% mit der Allgemeinen Hochschulreife zu entlassen,

Der Bericht macht auf die „zunehmende Spreizung“ bei den Schulabschlüssen mit ihrer ungünstigen Auswirkung für die Qualifikationsstruktur im Ruhrgebiet aufmerksam. Während die (Fach-)Hochschulreife mit 46,8% der am häufigsten vergebene Schulabschluss in der Region ist, ist in den letzten Jahren auch die Quote der Schulabgänger*innen mit dem einfachen Hauptschulabschluss nach Klasse 9 gestiegen, und zwar von 16,5% auf 19,2%. Auch der Anteil der Schüler*innen ohne einen Schulabschluss am Ende der Vollzeitschulpflicht hat zugenommen.

Davon betroffen sind vor allem Hauptschulabgänger*innen.

Deklassierte Hauptschule - privilegiertes Gymnasium

Die Übergangsquote zur Hauptschule beträgt in der Metropole Ruhr nur noch 4,5%. Die meisten Schüler*innen besuchen sie gegen ihren Willen, so der Bericht. Für Schüler*innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit ist sie die wichtigste Schulform. Ihr Anteil an den Hauptschulen beträgt 36,7%. Die Hauptschule ist ab der 7. Klasse das „Sammelbecken“ für Schüler*innen, die von anderen Schulformen „abgeschult“ wurden, sowie für neu zugewanderte Schüler*innen. „In der Jahrgangsstufe 9 lernen durchschnittlich 85% mehr Schüler*innen, als in der Jahrgangsstufe 5 begonnen haben.“ Für 15,5% der Schulentlassenen gilt, dass sie die Hauptschule ohne Abschluss verlassen. Ein Teil von ihnen wird am Berufskolleg nachträglich zu einem Abschluss geführt.

Im Vergleich zwischen Gymnasium und Gesamtschule wird überdeutlich, dass das Gymnasium an den gesellschaftlichen Herausforderungen pädagogisch kaum beteiligt ist und sich zudem noch durch „Abschulungen“ entlastet. Der Anteil der Schüler*innen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit ist in der Sekundarstufe I und II an den



Bildlegende
Foto: Karin Goertz-Brose

Gesamtschulen fast doppelt so hoch. Der Anteil sonderpädagogisch geförderter Schüler*innen ist in den Klassen 5 an Gesamtschulen mit 24,5% fast fünfmal so hoch wie an Gymnasien mit 5,9%. Dabei ist noch zu berücksichtigen, dass das Gymnasium nur Schüler*innen aufnimmt, die zielgleich unterrichtet werden können. Die durchschnittliche Abschlusssquote am Gymnasium beträgt 8,3%, während die Gesamtschule im Verlauf der Sekundarstufe I nach der Hauptschule den zweitgrößten Schülerzuwachs mit 18,3% hat.

Unbefriedigende Handlungsempfehlungen

Dass der Bericht die Notwendigkeit hervorhebt, die Schulen nach der sozialen Zusammensetzung ihrer Schülerschaft auszustatten, ist angesichts der enormen sozialen Disparitäten extrem wichtig. Leider zieht der Bericht keine Konsequenzen aus der offensichtlichen Privilegierung des Gymnasiums. Die überfällige Forderung muss sein, dass das Gymnasium die einmal aufgenommenen Schüler*innen behält und sie zu den ihnen bestmöglichen Abschlüssen führt. Es muss sich auch an den gesellschaftlichen Aufgaben der Inklusion und Integration beteiligen.

Wie auch die Abiturstudie 2020 der GGG in NRW eindrucksvoll belegt, leistet die Gesamtschule einen großen Beitrag für den Bildungsaufstieg von benachteiligten Schüler*innen. Daher ist zu fordern, dass gerade die Gesamtschulen in herausfordernden Lagen gezielt mit zusätzlichen Mitteln des Landes und der Kommunen unterstützt werden.

Zur Schulstrukturentwicklung empfiehlt der Bericht zu vermeiden, „dass kommunale Schulstrukturen Schulangebote schaffen, die eine Homogenisierung leistungsschwacher Schüler*innen begünstigen“. Mit dieser verklausulierten, vagen Empfehlung werden die besonde-

ren schulstrukturellen Probleme der Region leider nicht von der Wurzel aus angegangen und benannt. Die Raumstrukturen der Ruhrgebietsstädte trennen arme Kinder mit sozial bedingten Entwicklungsverzögerungen und Leistungsschwächen von Kindern mit privilegierten Sozialisationsbedingungen.

Die selektiven Schulstrukturen verschärfen die vorhandene soziale Segregation. Sie entfalten ihre sozial selektive Wirkung durch die aufgehobenen Grundschulleinzugsbezirke während der Grundschulzeit und die besonders frühe Aufteilung 10-jähriger Kinder auf ungleichwertige Schulformen mit unterschiedlichen Leistungsanforderungen und Bildungschancen nach der Grundschule. Um die Konzentration leistungsschwacher Schüler*innen an bestimmten Schulstandorten abzubauen, müssen die Kommunen im Revier die Einzugsbezirke für ihre Grundschulen wiedereinführen und sich mit den strukturellen Defiziten in der Sekundarstufe auseinandersetzen.

Mut zum Schul-Strukturwandel

Chancenlos werden Schülerinnen und Schüler der Hauptschule zurückgelassen. Darauf zu setzen, dass im Berufskolleg nachholend immer noch ein Hauptschulab-

schluss erworben werden kann, ist bildungspolitischer Zynismus gegenüber den Betroffenen und außerdem unsinnige Ressourcenvergeudung. Oberhausen ist die einzige kreisfreie Stadt in der Metropole Ruhr, die mit dem völligen Verzicht auf ein Hauptschulangebot die richtige Konsequenz aus dem langen „Hauptschulsterben“ gezogen hat. Die Reduktion der Vielgliedrigkeit durch den Verzicht auf die Hauptschule reicht allein nicht, um das Schulsystem zukunftsfähig zu machen. Die GGG fordert in ihrer Abiturstudie die Weiterentwicklung des Schulsystems hin zu einer Schule für alle, „z.B. durch eine schrittweise Annäherung der Profile aller Schulformen in NRW“. Dieser Schritt ist auch notwendig, um international anschlussfähig zu werden und inklusive Bildung für alle umzusetzen.

Die bildungspolitisch Verantwortlichen in der Metropole Ruhr sollten auf der Basis der vorliegenden Daten in eine sachliche Schulstrukturdebatte eintreten und sich von dem Schulstrukturtabu befreien, das wie Mehltau über dem deutschen Schulsystem liegt und dafür sorgt, dass die Bildungsgerechtigkeit immer nur als politisches Mantra aufgesagt, aber nicht realisiert wird. ◀



► **Bildungsbericht Ruhr 2020**